

Fraktions-Briefing

Aktuelle politische Lage

In dieser Woche hat die Alterssicherungskommission ihre Ergebnisse vorgelegt - und das einstimmig. Das ist ein sehr gutes Zeichen. Entstanden ist ein rundes Paket, das die Rente bezahlbar, gerechter und zukunftsfest macht. Es ist wichtig, sich immer wieder klarzumachen, was passieren würde, wenn wir nichts unternehmen würden: Die Beiträge würden immer weiter steigen, während das Rentenniveau sinkt. Wer ein Leben lang arbeitet, wer mit seiner Leistung dieses Land trägt, der muss sich darauf verlassen können, im Alter gut leben zu können. In der Koalition sind wir uns einig: Wir wollen die Vorschläge der Kommission in einem Paket umsetzen.

Die Rentenreform reiht sich ein in eine ganze Reihe von Reformschritten, die wir schon gegangen sind und noch gehen werden – von der Einführung des neuen Wehrdienstes über die Migrationswende bis hin zur neuen Grundsicherung. Bis zum Sommer wollen wir weitere Schritte gehen - bei der Gesetzlichen Krankenversicherung, bei den Themen Pflege und Haushalt sowie in den Bereichen Steuern, Arbeitsmarkt und Bürokratieabbau. Jeder Bürger spürt die Rezession im eigenen Portemonnaie. Die Leute bangen um ihre Jobs, sie haben Sorge, dass ihre Zukunft schlechter werden könnte als ihre Vergangenheit. Wir gehen diese Reformschritte, damit sich das ändert – um dem Land Aufschwung und den Menschen Zuversicht zu geben.

In dieser Sitzungswoche des Bundestags treffen wir wichtige Entscheidungen, die unser Land spürbar voranbringen – zum Beispiel für eine funktionierende, moderne Infrastruktur. Denn wir verabschieden endlich das Infrastruktur-Zukunftsgesetz. Damit können Straßen und Schienen sehr viel schneller geplant, gebaut und saniert werden. Zudem gehen wir mit dem "Bundeserprobungsgesetz" neue Wege für schnellere Verfahren und Bürokratieabbau.

In dieser Woche führt der Deutsche Bundestag eine fraktionsübergreifend vereinbarte und ergebnisoffen angelegte Orientierungsdebatte zur Zukunft der Organspende in Deutschland. Derzeit ist die sogenannte Entscheidungslösung maßgeblich. Danach setzt eine Organ- und Gewebespende die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Person voraus.

Der Deutsche Bundestag hat sich bereits in mehreren Legislaturperioden mit der Frage einer Einführung der sogenannten Widerspruchslösung auseinandergesetzt. Dieses

Modell sieht vor, dass jede volljährige und einwilligungsfähige Person grundsätzlich als potenzieller Organspender gilt, sofern kein ausdrücklicher Widerspruch erklärt wurde.

Die Debatte wird allen Abgeordneten Gelegenheit bieten, die ethischen, rechtlichen und gesundheitspolitischen Aspekte beider Regelungsansätze erneut eingehend zu erörtern.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Wir schaffen beste Voraussetzungen für die schnelle Verbesserung unserer Infrastruktur

Mit dem neuen **Infrastruktur-Zukunftsgesetz** modernisieren wir die Planung und Genehmigung von Verkehrsinfrastrukturprojekten grundlegend. Sanierungs-, Neu- und Ausbaumaßnahmen bei Straßen, Schienen und Wasserstraßen sollen künftig schneller umgesetzt werden können. Unter anderem werden wesentliche Verkehrsinfrastrukturprojekte in das überragende öffentliche Interesse gestellt. In Abwägungsentscheidungen erhalten sie damit Vorrang vor anderen Belangen. Zudem sollen die Verfahren einfacher und effizienter werden, indem zum Beispiel Verfahrensdopplungen entfallen und Planfeststellungsverfahren nur noch digital durchgeführt werden. Ebenfalls werden umweltrechtliche Erleichterungen vorgesehen, insbesondere durch die Gleichstellung von Naturkompensationen und Ersatzgeld, wodurch Konflikte zwischen Verkehrsinfrastrukturvorhaben und Umweltbelangen einfacher aufgelöst werden können. Dadurch entstehen mehr Tempo, Verlässlichkeit und Planungssicherheit beim Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur.

Fluggastabfertigung erleichtern

Mit dem **Gesetz zur Ermöglichung der digitalen Fluggastabfertigung** (2./3. Lesung) sorgen wir für einfachere und schnellere Abläufe und mehr Komfort für Passagiere an deutschen Flughäfen. Luftfahrtunternehmen wird die Möglichkeit eröffnet, unter bestimmten Umständen Daten aus Reisepässen und Personalausweisen (insbesondere dem Chip) auszulesen sowie zu verarbeiten, um mit den Daten die Fluggastabfertigung künftig neben dem üblichen Verfahren zusätzlich auch digital durchführen zu können. Ziel ist es, den Check-in Prozess an Flughäfen sicher und deutlich effizienter digital zu gestalten. Zugleich soll die Echtheitsprüfung die Nutzung gefälschter Pass- und Ausweisdokumente erschweren. Die Teilnahme bleibt für Passagiere freiwillig; die klassische Abfertigung bleibt weiterhin gleichwertig bestehen. Nach ex ante-Schätzung wird insgesamt ein jährliches Entlastungsvolumen von etwa 63 Millionen Euro für die Wirtschaft erwartet sowie Einsparungen bei den Bürgerinnen und Bürgern von etwa 1,1 Mio. Stunden Wartezeit pro Jahr.

Innovation braucht Freiraum - mehr probieren, weniger blockieren

Mit der 2./3. Lesung zum **Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erprobung von Innovationen in Reallaboren und zur Förderung des regulatorischen Lernens (jetzt: Bundeserprobungsgesetz)** schaffen wir nach einem langen Abstimmungsprozess endlich mehr Freiräume für Innovationen und ermöglichen es, neue Technologien und Verwaltungsverfahren unter realen Bedingungen zu testen. Ziel ist es, bürokratische Hürden abzubauen und regulatorisches Lernen systematisch zu fördern, damit gute Ideen schneller in die Praxis gelangen. Neben einer allgemeinen Standardexperimentierklausel eröffnen die im Gesetz vorgesehenen Experimentierklauseln von sieben Ressorts den Behörden von Bund und Ländern und mittelbar Unternehmen zusätzliche Möglichkeiten, zukunftsweisende Lösungen zu erproben - damit der Staat mit dem technologischen Wandel Schritt hält.

Rechtsverfahren vereinfachen, Infrastrukturvorhaben beschleunigen

Mit dem **Abschluss des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes** (2./3. Lesung) überarbeiten wir das Verbandsklagerecht und sorgen dafür, dass in Gerichtsverfahren schneller Klarheit herrscht und Verfahren maximal beschleunigt werden. So halten wir am bisherigen „Listenprinzip“ für die Klagegegenstände fest und schaffen damit Rechtssicherheit. Die aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen gegen Infrastrukturvorhaben sowie gegen Maßnahmen, die dem Klimaschutz, der Klimaanpassung und der Ernährungssicherheit, mit Ausnahme der Tierhaltung, dienen, fällt weg, auch bei Individualklagen. Wenn das Gericht Zweifel daran hat, dass eine Vereinigung die Voraussetzung für die Anerkennung erfüllt und damit klageberechtigt ist, muss die Anerkennungsbehörde prüfen. Der laufende Rechtsstreit wird während der Überprüfung nicht unterbrochen. Missbräuchlichen Verzögerungstaktiken von Klageverbänden schieben wir einen Riegel vor. Wir sorgen dafür, dass gerichtliche Verfahren straffer werden und stärker am Parteivortrag ausgerichtet werden. Gerichte müssen nicht mehr umfassend von Amts wegen ermitteln, sondern nur dort, wo konkreter Anlass besteht. Das Gesetz unterstützt damit maßgeblich eine deutlich schnellere Realisierung von Projekten und Infrastrukturvorhaben.

Reparieren statt Neukauf

Mit der **2./3. Lesung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren** stärken wir die Rechte der Verbraucher und erleichtern die Reparatur defekter Produkte. Künftig sollen Reparaturen attraktiver und transparenter werden, damit Waren länger genutzt werden können. Das schont Ressourcen, vermeidet unnötigen Abfall und unterstützt zugleich Reparaturbetriebe vor Ort. So verbinden wir Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Vernunft.

1. Lesungen der laufenden Sitzungswoche:

Digitale Spuren sichern und Täter endlich verfolgen

Nach jahrelangem Ringen um einen praktikablen Kompromiss zwischen den Belangen der Strafverfolgung und des Datenschutzes wird das **Gesetz zur Einführung einer IP-Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren** in erster Lesung beraten. Mit der Einführung einer IP-Adressenspeicherung schaffen wir eine wichtige Grundlage für die Aufklärung schwerer Straftaten im digitalen Raum. IP-Adressen sind häufig der einzige Ermittlungsansatz, um Täter von Kindesmissbrauch, organisierter Kriminalität oder schweren Cyberangriffen zu identifizieren. Die Speicherung erfolgt unter klaren rechtsstaatlichen Vorgaben und dient ausschließlich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr im gesetzlich legitimierten Rahmen. So stärken wir die Handlungsfähigkeit unserer Sicherheitsbehörden und sorgen einmal mehr dafür, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist, denn Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit.

Wir verbessern die Rahmenbedingungen für das Bauen

Mit der 1. Lesung des **Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts** reformieren wir insbesondere das Baugesetzbuch. In Deutschland wird nach wie vor zu wenig, zu langsam und zu teuer gebaut. Die BauGB-Novelle soll hier Abhilfe schaffen. So soll u.a. zukünftig unter bestimmten Bedingungen ein überragendes öffentliches Interesse für Wohnbebauung angeordnet werden können. Gegen Schrottimmobilien gehen wir zukünftig härter vor. Zudem soll die Umweltprüfung vereinfacht und das Bauleitplanverfahren gestrafft werden. Darüber hinaus sollen Mehrfachbeteiligungen der Öffentlichkeit reduziert und Spielräume von Gemeinden bei der Ausweisung von Baugebieten erhöht werden.

Wir stärken die Cybersicherheit

Wir erhöhen das Schutzniveau für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber wachsenden Bedrohungen im Cyberraum mit der 1. Lesung zum **Gesetz zur Stärkung der Cybersicherheit**. Ziel ist es, das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei mit zeitgemäßen Befugnissen auszustatten, um die Detektion und Abwehr von Cyberangriffen frühzeitig zu ermöglichen. Gleichzeitig werden die Anforderungen an die IT-Sicherheit kritischer Systeme im Zuständigkeitsbereich des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik weiterentwickelt und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. So schaffen wir mehr Resilienz gegenüber Cyberangriffen und stärken unsere digitale Handlungsfähigkeit.

Wir stärken Länder und Kommunen finanziell

Das **Gesetz zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen**, das wir in dieser Woche erstmalig im Plenum beraten, sieht vor, dass der Bund die Länder und Kommunen in

dieser Wahlperiode neben einer Vielzahl anderer Unterstützungsmaßnahmen nochmals mit insgesamt vier Milliarden Euro zusätzlich unterstützt. Insbesondere erhalten finanzschwache Flächenländer insgesamt 250 Mio. Euro jährlich zur Entlastung der Kommunen, die übermäßige Kassenkredite angehäuft haben.

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Mit der 1. Lesung zum **Gesetz zur Stärkung der strafrechtlichen Verfolgung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung zur Umsetzung einer EU-Richtlinie** verbessern wir den Schutz der Betroffenen. Der Straftatbestand des § 232 StGB wird um die Ausbeutung von Leihmutterschaft, illegale Adoption und Zwangsheirat erweitert. Erstmals wird im deutschen Recht eine allgemeine Nachfragestrafbarkeit eingeführt. Wer die Dienste einer Person in Anspruch nimmt, von der die Person weiß oder wissen müsste, dass sie Opfer von Menschenhandel ist, macht sich künftig strafbar.

Kabinett

Das Bundeskabinett hat heute u.a. das Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie beschlossen. Mit dem Energieeffizienzgesetz wird die Energieeffizienzrichtlinie (EED) vollständig umgesetzt und Vorschriften, die über die EED hinausgehen, zurückgeführt. Damit trägt das Gesetz zur Entlastung der Wirtschaft bei und setzt weiterhin einen wirksamen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele durch mehr Energieeffizienz.

Weitere Informationen zu den Kabinettsitzungen finden Sie [hier](#).

Zitate der Woche

Jens Spahn:

„Jeder Bürger, jede Bürgerin spürt die Rezession im eigenen Portemonnaie. Viele bangen um ihre Jobs. Sie haben begründete Sorge, dass ihre Zukunft schlechter werden könnte als die Vergangenheit, nämlich dann, wenn wir nichts tun. Daher tun wir was. Wir arbeiten hart, damit das Morgen besser wird und um dem Land Aufschwung und wieder mehr Zuversicht zu geben.“

„Die Rentenreform selbst reiht sich in eine ganze Reihe von Reformschritten ein, die wir in diesen Tagen, Wochen, Monaten diskutieren und die wir auch schon gegangen sind. Die Einführung eines neuen Wehrdienstes, die Migrationswende bei der inneren Sicherheit oder auch der neuen Grundsicherung.“

Alexander Hoffmann:

„Der heutige Tag zeigt: Diese Koalition modernisiert das Land. Wir setzen die GKV-Reform um, erarbeiten eine Einkommensteuerreform, entbürokratisieren Deutschland und arbeiten an der Konsolidierung dieses Haushalts. Mit den Vorschlägen der Rentenkommission gehen wir einen nächsten großen Schritt und gestalten unsere Altersversorgung zukunftsfest und generationengerecht. Das alles zeigt: Diese Koalition trifft grundlegende Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes, und zwar weit mehr, als man uns zutraut hätte.“

Wer sich zum Fraktionsbriefing anmelden oder abmelden möchte, kann sich gerne mit einer entsprechenden E-Mail an fraktionsbriefing@cducsu.de wenden.